

Dr. Peter Gauweiler, MdB

Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung

„Sie werden euch hassen – Christenverfolgung weltweit“

Podiumsdiskussion:

**„Solidarität mit verfolgten Christen
– Möglichkeiten und Grenzen der Politik“**

München, am 16. Juli 2007

Solidarität braucht Wissen	Solidarität setzt Wissen voraus. Die Verfolgung von Christen wird von der breiten deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Das gilt leider auch für einen Teil der Politik.
Debatte im Bundestag	Wir haben am 24. Mai dieses Jahres im Bundestag mehrere Anträge der Fraktionen zur Achtung von Glaubensfreiheit diskutiert – knapp eine Stunde war das Thema dem Bundestag in einer prall gefüllten Tagesordnung wert.
Debatte im Unterausschuss	Ein knappes halbes Jahr zuvor, im Dezember 2006, hat der Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestages eine Expertenanhörung zur Lage der Christen in der Diaspora durchgeführt, und auch hier war die ehrliche Reaktion der Abgeordneten aller Fraktionen: das dramatische Ausmaß der Christenverfolgung heute ist zu wenig bekannt und bewusst.
Erste Pflicht: Information	Erste Aufgabe der Politik ist deshalb, über Ausmaß und Gründe der Christenverfolgung heute zu informieren sowie über die mögliche und vor allem auch über die geleistete Solidarität. Der Hanns-Seidel-Stiftung gebührt deshalb ein besonderer Dank für diese Veranstaltung.

- Solidarität in aller Politik
- Solidarität mit den verfolgten Christen muss integraler Bestandteil unserer Außen- und Entwicklungspolitik werden.
- Die Umsetzung des Rechts auf Religionsfreiheit muss fester Bestandteil jeglichen politischen Dialogs mit den einschlägigen Staaten sein, gleich ob bilateral oder auf der Ebene der EU.
- Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie
- Dabei wissen wir aus unserer eigenen Geschichte, dass Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit und die Menschenrechte allgemein am besten in Rechtsstaaten und Demokratien gewährleistet sind.
- Wirksamste Solidarität ist deshalb, gezielt und konsequent den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in den kritischen Ländern zu unterstützen.
- Zu den eigenen Überzeugungen stehen
- Unsere Überzeugungen von allgemeinen Menschenrechten, Demokratie und säkularem Rechtsstaat werden in manchen Staaten mit anderen weltanschaulichen, religiösen, staatlichen und kulturellen Traditionen auf Widerstand stoßen, wie allein schon der Streit um Definition und Auslegung der Menschenrechte zeigt.
- Dennoch sollten wir konsequent für unsere Überzeugungen eintreten: das schulden wir uns selbst und den verfolgten Christen als Akt der Solidarität.

Auswärtige Kulturpolitik
 Gerade auch die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik muss unser Staats-, Freiheits- und Demokratieverständnis nach Außen vertreten. Nach Jahren stringenter Sparmaßnahmen und verfehlter Ausrichtung fordern wir eine Rückbesinnung auf den eigentlichen Auftrag auswärtiger Kulturpolitik: die Vermittlung deutscher Kultur und Staatlichkeit, in deren Zentrum diese Prinzipien stehen.

Nur Überzeugung überzeugt
 Überzeugen kann aber nur der, der selbst überzeugt ist.

Geglaubt wird nur dem, der glaubwürdig ist. Im politischen Dialog mit jenen Staaten, in denen Christen verfolgt werden, werden unsere Argumente nur dann ernst genommen und beachtet, wenn wir unsere Werte, unsere Solidarität mit den verfolgten Christen und unseren eigenen Glauben glaubwürdig vertreten.

„Geistige Immunschwäche“

Der Augsburger katholische Bischof Walter Mixa hat jüngst vor einem zunehmend aggressiven Laizismus in allen Teilen Europas gewarnt. Nicht ein geistig-kraftvoller und sich ausbreitender Islam sei die gefährlichste Bedrohung der christlich-abendländischen Kultur, sondern die *„systematische Verdrängung des christlichen Glaubens aus der Politik und dem öffentlichen Leben“*,

die zu einer „*geistigen Immunschwäche Europas*“ führe.

Wörtlich der Bischof:

„Ich habe keine Angst vor einem missionarischen Islam, aber vor einer laschen Christenheit.“

Christlicher Glaube
und Politik

Eine solche Befürchtung zielt nicht nur auf die Lage in Europa, sondern noch mehr auf die der verfolgten Christen in aller Welt.

Solidarität mit den verfolgten Christen beginnt zu Hause: mit dem Bekenntnis und der glaubwürdigen Umsetzung der eigenen Überzeugungen in einer christlich orientierten Politik.

Informationen für die Podiumsdiskussion

Der Veranstalter erwartet ein Kurz-Statement von nur drei Minuten. In Ergänzung hierzu werden deshalb Informationen für die anschließende Podiumsdiskussion vorgelegt.

Daten zur Christenverfolgung:

Weltverfolgungsindex von Open Doors

- Christentum in der Gegenwart größte Weltreligion und die Religion, die am häufigsten verfolgt wird.
80 % der Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden, sind Christen.
- Weltweit etwa 200 Mio. Christen in 25 Ländern wegen ihres Glaubens verfolgt.
- Anteil der Christen an denen, die wegen ihrer Religionszugehörigkeit ermordet: weit über 90 %. Die Märtyrer von heute sind die Christen.
- Weltverfolgungsindex dokumentiert 10 Länder, in denen Christen am härtesten verfolgt werden.
- In sechs von diesen zehn Ländern ist Islam teilweise Staatsreligion (Saudi-Arabien, Iran, Somalia, Malediven, Jemen und Afgha-

nistan); drei Länder werden von kommunistischen Regierungen geführt (Nordkorea, Vietnam und Laos); Bhutan (Platz 7) das einzige buddhistisch geprägte Land.

- Von den knapp 2,2 Mrd. Christen etwa jeder Zehnte wegen seines Glaubens verfolgt oder benachteiligt.

Lage im Nahen Osten

- Im Nahen Osten die ältesten christlichen Gemeinden überhaupt.
Heute rapide Schrumpfung.
- Bethlehem:
Anteil christlicher Bevölkerung 1948 = 85 %,
heute: 12 %;
- West-Jordanland und Gazastreifen:
Anteil der Christen 1950 = 15 %, heute weniger als 2 %;
- Irak:
1987 = 1,4 Mio. Christen,
heute etwa noch 450.000;
insbesondere Vertreibung der Assyro-Chaldäer

Türkei

- Verfolgung der christlich-orthodoxen Armenier:
1916 Vertreibung von 1,3 Mio. Menschen,
von denen etwa 2/3 umgekommen.

- Vertreibung der Griechen nach 1955:
zuvor rund 110.000 Griechen in Türkei, heute rund 2.500

- Christen laut Verfassung zwar frei, in Praxis vielfach unterdrückt:
Christen kirchenrechtlich nicht anerkannt; Kirchen dürfen keine
Bankkonten führen, keine Immobilien besitzen, keine Priester aus-
bilden;
Körperverletzungen und Totschlag: Januar 2007 prominentestes
Sprachrohr der Armenier, Journalist Hrant Dink, ein Christ, ermor-
det.

- 2006 Aktion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte
(IGFM): *„Türkei: erst die Christen vertreiben, dann in die EU?“*

Forderung der IGFM:

*„Religionsfreiheit ist daher eine strikte Messlatte für ein gemein-
sames Zusammenleben in Europa. Tut sich nichts in der Türkei,
geht es nicht mit Europa“*

Gründe für die Verfolgung

- Christentum größte und am stärksten wachsende Religion der Welt (In Europa dies fast unbekannt).
Schnellstes Wachstum vor allem in den Staaten, in denen Menschenrechte verletzt.
- Von 6 Mrd. Menschen über 2 Mrd. Christen, 1,2 Mrd. Muslime, 786 Mio. Hindus und 362 Mio. Buddhisten
- In vergangenen gut 30 Jahren seit 1970 hat sich christlicher Bevölkerungsanteil
 - in Afrika mehr als verdoppelt (von 120 Mio. auf 343 Mio.),
 - in Lateinamerika fast verdoppelt (von 261 auf 470 Mio.),
 - in Asien mehr als verdreifacht (von 94 auf 301 Mio.);
 - in China gehen jeden Sonntag mehr Menschen zur Kirche als in ganz Westeuropa;
 - in Indonesien Anteil der Christen in 70er Jahren = 0,9 %, heute 10 %
- Wachsendes Christentum nimmt sich der sozial und wirtschaftlich Schwachen und Behinderten an. Solidarität mit den Ärmsten (Mutter Theresa von Kalkutta) und „Nächstenliebe“ den anderen großen Weltreligionen fremd.
Dieser Einsatz für viele Machthaber ähnlich verdächtig wie im antiken Rom die Haltung der frühen Christen gegenüber den Sklaven.

- In vielen Ländern immer stärkere Verknüpfung von Nationalismus und Religion: typisch Türkei, auch Indien, Indonesien, Bangladesch und Pakistan.
- Nach Ende des Kolonialismus viele, insbesondere islamische Länder, auf Suche nach nationaler, kultureller Identität. Christentum hier als Bedrohung der kulturellen Harmonie verstanden. Unterdrückung der Christen im eigenen Land als Ausdruck eines „Kampfes der Kulturen“.

Definition der Menschenrechte

- Über Inhalt und Umfang der Menschenrechte, auch des Rechts auf Religionsfreiheit, zum Teil tiefgreifende Meinungsunterschiede zwischen christlichen und islamischen Staaten.
- Recht auf Religionsfreiheit erstmalig in Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte 1948 verankert.
- 1981 von der Generalversammlung der UN die „Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion und der Überzeugung“ verabschiedet.

Hier Einigung nur um den Preis, dass Forderung islamischer Staaten entsprochen und darauf verzichtet wurde, das Recht, seine Religion zu wechseln, ausdrücklich im Text aufzunehmen. Recht, die Religion zu wechseln, damit nicht Teil der politischen Erklärung

von 1981.

Grund: Verbot der Scharia, von Islam in andere Religion zu wechseln (mit Todesstrafe bedroht).

- „Kairoer Erklärung der Menschenrechte“ vom 05. August 1990 der Organisation der Islamischen Konferenz, dem höchsten weltlichen Gremium der Muslime.

Zwar kein völkerrechtlich verbindlicher Charakter, aber globale Haltung des Islam zu den Grundrechten.

Letzte Artikel: Art. 24:

„Alle Rechte und Freiheiten, die in dieser Erklärung genannte werden, unterstehen der islamischen Scharia.“

Art. 25: *„Die islamische Scharia ist die einzig zuständige Quelle für die Auslegung oder Erklärung jedes einzelnen Artikels dieser Erklärung.“*

Menschenrechte nur soweit anerkannt, als sie in Einklang mit Scharia.

- Kairoer Erklärung erhebt rechtlichen Anspruch auf globale Definitionsmacht über Menschenrechte.
Im Grunde ein politisches Programm zur Verteidigung der kulturellen Identität der islamischen Kultur gegen westliche, kapitalistische, christliche Globalisierung.
- Deshalb „wirklicher Dialog der Kulturen“ notwendig, wie z.B. vom Papst Benedikt letztes Jahr in Rede an der Uni Regensburg gefor-

dert:

Vernunft und Absage an Gewalt als Grundlage für echten Dialog.

Frage der Gegenseitigkeit

- Frage, ob Christenverfolgung als Anlass für Restriktionen gegen Muslime im eigenen Land (Bau von Moscheen in Deutschland – Verbot des Kirchenbaus in der Türkei) zu nehmen:

Appel des rheinischen Präses Nikolaus Schneider (Mai 2007):
Muslime, die in Deutschland Religionsfreiheit genießen, sollten sich in mehrheitlich muslimischen Ländern für Religionsfreiheit der Christen stark machen.

- Abtprimas Notker Wolf: Gegenseitigkeit als Ziel. Aber längerer Weg und längerer Atem notwendig
(Verweis auf eigene Geschichte im Verhältnis Katholiken und Evangelische)